

Geschlechterverhältnisse in einer globalisierten Welt
Vortrag gehalten am 8.3.2010
beim Nordelbischen Frauenwerk in Hamburg
von
Ursula G. T. Müller

Inhalt:

Einleitung

Historische Entwicklung von der Theorie zu internationalen Handelsabkommen

Der internationale Arbeitsmarkt und die Konkurrenz um Standortvorteile

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Feminisierung des Arbeitsmarktes

Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung auf den Arbeitsmarkt in Deutschland

Feminisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland

Ursachen des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes

Bevölkerungsentwicklung – gesellschaftlich gesteuert

Globalisierte Bevölkerungspolitik der Industriestaaten für die sog. dritte Welt

Bevölkerungspolitische Ziele der Industrieländer

Bevölkerungspolitik und Umwelt

Bevölkerungswachstum und Hunger

Einleitung:

Wie lang die Liste der Globalisierungsliteratur inzwischen ist, kann wohl niemand mehr abschätzen. Eines aber ist sicher: Frauen spielen dabei kaum eine Rolle. Nun könnte man sagen, das habe etwas mit dem Gegenstand selbst zu tun. Bei der Globalisierung gehe es schließlich um Phänomene auf einem hohen Abstraktionsniveau, um Politik, Ökonomie, den Staat, um Verträge, Organisationen und deren Kompetenzen u. ä. All dies sind Stichworte, hinter denen Menschen verschwinden und erst recht ihr Geschlecht.

Aber Menschen derart unsichtbar zu machen, ist sachlich nicht begründbar. Denn einer wichtigen Definition zufolge wird unter Globalisierung ein historischer Prozess weltweiter, nationale Grenzen überschreitender Veränderungen verstanden, der sich auf verschiedene Dimensionen bezieht: auf politische, ökonomische, ökologische, soziale, kulturelle u. a. Politische und ökonomische Veränderungen spielen dabei eine zentrale und ursächliche Rolle; sie bewirken einen sozialen Wandel, der sich besonders am Welthandel festmacht und natürlich entscheidende Auswirkungen auf das Leben der Menschen hat (*Altvater, E. und Mahnkopf, B., S. 31*). Letzteres geht in manchen Globalisierungsdiskussionen und -erörterungen unter.

Als erste, allgemeine These behaupte ich:

- (1) In der Beschäftigung mit der Globalisierung werden wichtige Aspekte oft entweder gar nicht berücksichtigt oder sie spielen eine Nebenrolle.
- (2) Diese Vernachlässigung hat Folgen für die Kritik an Auswirkungen der Globalisierung und für die Formulierung von Lösungsvorschlägen.
- (3) Das an den Rand Gedrängte hat einen unmittelbaren Bezug zu Frauen, aber auch zu Männern.

1. Historische Entwicklung von der Theorie zu internationalen Handelsabkommen:

Ein theoretischer Grundstein für den Welthandel wurde vor fast zweihundert Jahren (1817) von David Ricardo gelegt. Von ihm stammt das Theorem des komparativen Kostenvorteils. Er hat errechnet, dass, wenn zwei Länder miteinander Handel treiben, beide einen Vorteil haben, wenn sie sich auf die Erzeugung desjenigen Produkts spezialisieren, für das ihre Produktionskosten relativ gesehen günstiger sind (*ein einfaches Beispiel findet sich in Anmerkung¹⁾*).

Die Theorie kann sich allerdings nur bewähren, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Zum einen

muss der Transport so preisgünstig sein, dass er die exportierten Waren nicht zu stark verteuert und zum zweiten dürfen die Länder, in die exportiert werden soll, die Preise der Importwaren nicht „künstlich“, z. B. durch Zölle verteuern. Die erste Voraussetzung war jahrelang dank der niedrigen Kosten für fossile Energie gegeben. Die zweite wurde systematisch geschaffen.

Vor allem nach dem 2. Weltkrieg wurde das Ziel eines profitablen Welthandels angegangen. Ein erster Schritt dazu war das 1948 abgeschlossene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT). Es stellt ein Forum für Verhandlungen über umfassende Zollsenkungen dar; in etlichen Verhandlungsrunden wurde der durch Zölle ungehinderte Freihandel immer mehr ausgeweitet. (Müller, U. G. T., S. 6).

Nun ist aber die Ausgangssituation der Länder sehr unterschiedlich und damit auch die Bedeutung, die Zölle für das jeweilige Land haben. Gerade wenig entwickelte Länder brauchen einen Schutz ihrer heimischen Wirtschaft vor billigen Importwaren. Darüber war man sich in den Anfangsjahren des GATT durchaus im Klaren und berücksichtigte die besondere Situation der Entwicklungsländer. Doch ab der 2. Hälfte der 80er Jahre, also nach dem Zerfall des Ostblocks, übten die USA und die EU zunehmend Druck aus; sie nutzten das GATT als wirtschaftspolitisches Instrument zum Abbau existierender Handelsschranken und protektionistischen Maßnahmen und etablierten neue Regeln. Um deren Einhaltung sicher zu stellen, wurde die Welthandelsorganisation (World Trade Organisation = WTO) gegründet, die am 1.1.1995 ihre Tätigkeit aufnahm (*ebd.*, S.32f).

Die Regeln, die dem Handel zugrunde gelegt wurden, beruhen auf einem Gleichbehandlungsprinzip: Kein Mitgliedsstaat soll andere benachteiligen, d. h. jedes Land soll alle anderen Länder gleich behandeln (Meistbegünstigungsprinzip), außerdem sollen ausländische Produzenten den gleichen Vorschriften unterliegen wie inländische (Inländerbegünstigungsprinzip) (*ebd.*, S. 34f) Dadurch ist es z. B. nicht möglich, den Import eines Produkts mit der Begründung zu verbieten, es sei gesundheitsgefährdend, wenn dies nicht wissenschaftlich einwandfrei nachgewiesen ist (*ebd.*, S. 33f).

Auf den ersten Blick mögen solche Regeln unproblematisch erscheinen, da sie ja für Gleichbehandlung sorgen sollen (*ebd.*, S. 34f). Aber wie immer, wenn „gleiches Recht für alle“ gilt, ohne dass die ungleiche Ausgangssituation der Beteiligten berücksichtigt wird, kann eine formale Gleichbehandlung schnell bestehende Ungleichheiten verstärken.

2. Der internationale Arbeitsmarkt und die Konkurrenz um Standortvorteile:

Für den internationalen Welthandel wirkt es sich äußerst günstig aus, wenn die Löhne in den verschiedenen Ländern unterschiedlich hoch sind; so lässt sich die Produktion ganz oder teilweise mit Gewinn auslagern. Damit wurde beispielsweise der Rückzug von AOL aus Deutschland begründet, ebenso der von Nokia. Viele wissen, dass etwa Jeans rund um den Globus produziert werden. Ähnliches gilt für Möbel: Holz aus Deutschland wird nach China verfrachtet, dort werden Möbel gebaut, die dann in Deutschland verkauft werden. Dieser Riesenumweg rechnet sich, da die Transportkosten derzeit immer noch niedriger sind als Löhne in Deutschland (*Jung, A., S. 81*).

Um Unternehmen dazu zu bringen, sich im eigenen Land niederzulassen, hat weltweit ein Wettrennen um die niedrigsten Löhne begonnen, das als Konkurrenz um „Standortvorteile“ bezeichnet wird. Viele Entwicklungsländer haben, um für Unternehmen attraktiv zu sein, sogenannte „Sonderwirtschaftszonen“ eingerichtet. Diese liegen i. d. R. verkehrsgünstig für den Abtransport der dort erzeugten Waren, also in der Nähe von (Flug-)Häfen; in ihnen gelten meist Zoll- und Steuerbefreiung, den Unternehmen werden Ausnahmen von nationalen Arbeitsrechts- und Umweltschutzgesetzen gewährt und für die Beschäftigten gilt ein Verbot gewerkschaftlicher Organisation und das, obwohl das Bilden von Berufsvereinigungen zum Schutz eigener Interessen gem. Art 23 (4) ein Menschenrecht ist. Kritik an dieser Menschenrechtsverletzung ist jedoch kaum zu hören. Dabei sind das Ausmaß dieser Sonderwirtschaftszonen und die Zahl der dort Beschäftigten keine zu vernachlässigenden Größen. 1998 waren nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation = ILO) in etwa 850 solcher Zonen 27 Mio. Menschen vor allem in der Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugwarenindustrie beschäftigt; hinzu kamen geschätzte 1 500 Son-

derwirtschaftszonen in China (*Wichterich, C., S. 18ff*). Um 2005 waren es immerhin noch 250 Sonderwirtschaftszonen in 70 Ländern. (*Le monde diplomatique, S. 119*). Nicht nur in Asien, Süd- und Mittelamerika, auch in Europa gab es 2005 Sonderwirtschaftszonen in Polen, Lettland, Litauen, Spanien (*wikipedia: Sonderwirtschaftszonen Europa*), in Irland und Frankreich insgesamt 40 (*Le monde diplomatique, S. 119*); es war sogar geplant, in Ostdeutschland nach der Wende welche einzurichten. Nur die Aussicht auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen dieses Vorhaben hat den Plan im Reißwolf enden lassen (*wikipedia: Sonderwirtschaftszonen Europa*).

3. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Feminisierung des Arbeitsmarktes:

Eine internationale Arbeitsteilung besteht nicht nur in dem Sinn, dass bestimmte Branchen ihre Produktion in Niedriglohnländer auslagern. Arbeitsteilung hat auch eine geschlechtsspezifische Komponente, denn bei den in Sonderwirtschaftszonen Beschäftigten handelt es sich zu 80% bis 90% um Frauen (*Müller, U. G. T., S. 24*). Ihre Arbeit war der Motor des Wirtschaftsbooms der Schwellenländer Südostasiens, die ihre Produktivität dadurch steigern konnten. Die Niedrigstlöhne von recht gut qualifizierten Frauen waren und sind der Standortvorteil von Ländern wie Malaysia, China, Indien und den Philippinen, in die europäische und japanische Unternehmen, Stadtverwaltungen und wissenschaftliche Institutionen nicht nur Produktionszweige sondern auch Teile ihrer Bürotätigkeit und Administration in den 90er Jahren verlegten (*Wichterich, C., S. 22*). Ohne diese „billigen“ Frauen, gäbe es keine Billiglohnländer. Die elektronische Entwicklung wäre nicht so gewinnbringend gewesen, hätte man den Arbeiterinnen in den ersten Halbleiterfabriken Malaysias angemessene Löhne gezahlt, ja, sie hätte z. T. gar nicht stattfinden können, da die Herstellung viel zu teuer geworden wäre (*Mies, M., 2001, S. 128*).

4. Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung auf den Arbeitsmarkt in Deutschland:

Die Konsequenz der internationalen Arbeitsteilung und der damit einher gehenden Auslagerung von Produktionsstätten in Entwicklungsländer ist eine steigende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern. Dazu kommt, dass auch durch die technische Entwicklung vor allem des Kommunikationswesens in den Industrienationen Nordamerikas und Europas seit den 70er Jahren immer mehr Arbeitskräfte durch den Einsatz der neuen Technologien überflüssig werden (*Hengsbach, F., S. 83, Altvater, E., S. 85*).

In Deutschland hat sich die Struktur des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren stark verändert.

Hier einige Aspekte:

- Sinken der Reallöhne: Zwischen 2003 und 2008 sanken laut Information des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Reallöhne um fast 12% (*o. Verf.: „Fast 12% Reallohnverlust in 5 Jahren! Schluss damit!“, S. 3*). Andere Quellen gehen von einem gesunkenen Reallohneinkommen aus Erwerbsarbeit von rund 5% in den letzten beiden Jahrzehnten aus (*Jähni-chen, T., S 17*). Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil in allen anderen EU-Staaten eine Steigerung erfolgte. Demgegenüber liegt die BRD bei der Reallohnentwicklung konstant hinten (*Völpel, E.*). Innerhalb der EU ist Deutschland auf dem Weg zum Billiglohnland (*Schüddemage, A.*).
Seit Januar 2006 gibt es zwischen 1,2 und 1,4 Mio. „AufstockerInnen“, das sind Menschen, die erwerbstätig sind und Hartz IV erhalten; 400 000 von ihnen haben eine Vollzeitstelle (*Jähni-chen, T., S. 23*).
- Umverteilung der Einkommen aus Erwerbsarbeit: Es hat eine massive Umverteilung bei den Einkommen aus Erwerbsarbeit von unten nach oben stattgefunden (*Kramer, B.*). Das unterste Viertel der Erwerbstätigen verdiente 2006 verglichen mit 1995 real 13,7% weniger, das oberste Viertel dagegen ca. 10% mehr (*Roth, E.*).
- Anstieg der (unfreiwilligen) Teilzeitarbeit: Von 1998 bis 2008 hat die Zahl der Menschen in Teilzeit mit bis zu 21 Wochenstunden als Haupttätigkeit um 39% zugenommen. Als Hauptgrund geben 23% von ihnen an, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben, 1998 waren es nur 13%. (In Ostdeutschland nennen 64% der Befragten dies als Hauptgrund.) Es handelt sich

also um unfreiwillige Teilzeit. Eine Verknüpfung wegen unzureichender Kinderbetreuung und Pflegemöglichkeiten gebe vermutlich noch einen höheren Anteil (*DGB*).

(Es gibt leider keine Zahlen darüber, wie viele Teilzeitstellen auf Wunsch der StelleninhaberInnen entstanden, also freiwillig sind; noch ist bekannt, wie oft solche Wünsche direkt oder indirekt den reduktionswilligen Frauen oder Männern nicht gewährt wurden.)

- Rückgang sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat stark abgenommen. Setzt man deren Zahl 1992 mit 100% an, so sind es heute nur noch 68,5% (*Jähnichen, T., S. 17f*). 2006 waren knapp 5 Mio. Menschen sog. MinijobberInnen, also ausschließlich geringfügig beschäftigt ohne klassische Sozialversicherungspflicht. Experten sehen Deutschland bei atypischer, nicht normgerechter Beschäftigung weit vorn (*o. Verf.: „Auslaufmodell Vollzeitjob“*). Waren Mitte der 70er Jahre noch knapp 20% der Erwerbstätigen nicht-normbeschäftigt, sind es gegenwärtig rund 35% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
- Ausdehnung des Niedriglohnsektors: Auch der Niedriglohnsektor ist seit Mitte der 90er Jahre stark gewachsen. (Die Niedriglohnschwelle liegt nach OECD-Definition bei 60% des jeweiligen nationalen Medianlohnes.) In Deutschland bekam mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten einen Niedriglohn (22,2%). Damit steht Deutschland an der Spitze der EU-Länder und erreicht fast das Niveau der USA von 25%. (*DGB*).

5. Feminisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland:

Diese Veränderungen sind je nach Geschlecht unterschiedlich ausgeprägt.

- Teilzeitarbeit ohne Minijobs leisten gut 5 Mio. Menschen, das sind 18% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, davon sind 84% Frauen (*DGB, 4. Folie*). Mehr noch: die durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten von Frauen sind seit 1991 stark gesunken; ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit ging in der Zeit von 1993 bis 2007 um 2,3 Stunden zurück (*DGB, 6. Folie*).
- 6,5 Mio. Menschen erhielten 2007 einen Niedriglohn, davon 67,5% Frauen. Von allen abhängig Beschäftigten (also Vollzeit, Teilzeit, Minijobs) arbeiteten im Niedriglohnbereich 13,8% Männer und 29,3% Frauen (*DGB, 8. Folie*).
- Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren im September 2008 insgesamt 4,8 Mio. Menschen davon 67,7% Frauen. Einer geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob gingen im gleichen Jahr über 2 Mio. Menschen nach, davon 56,36% Frauen. Insgesamt gab es über 7 Mio. MinijobberInnen, 64% davon Frauen (*DGB, 7. Folie*).

Es hat sich also ein Arbeitsmarkt herausgebildet, in welchem sich die Arbeitsbedingungen von Frauen trotz aller „Gleichstellungspolitik“ denen von Männern nicht nur nicht angepasst haben, es haben sich im Gegenteil die Arbeitsbedingungen von Männern immer mehr verschlechtert, sich denen von Frauen angepasst, was schlecht-vergütete, unsichere Arbeitsplätze angeht. Wissenschaftlerinnen sprechen daher von einer Feminisierung des Arbeitsmarktes.

Die Folgen davon, dass Männer immer weniger in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren, hat Auswirkungen auf deren Selbstbewusstsein bis hin zu Gewalttätigkeiten. In diesem Zusammenhang sind auch die Entstehung und Verbreitung fundamentalistischer Religionsgruppen, die auf ein traditionelles Geschlechterverhältnis mit männlicher Dominanz setzen, zu sehen ebenso wie Terrorakte, die oft einen solchen religiösen Hintergrund haben. Die Zwangsfeminisierung des Arbeitsmarktes hat also enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft und ist nicht mit Gleichheit zwischen den Geschlechtern zu verwechseln (*Scheub, U., S. 70-74, insbesondere S. 73*).

6. Ursachen des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes:

Diese strukturellen Veränderungen haben ihre Ursache in einer Ideologie geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Es wird in Deutschland wie in den Entwicklungsländern davon ausgegangen, dass nach wie vor der Mann, wenn nicht alleiniger so doch Hauptnährer einer Familie ist, die Frau le-

diglich ein Zubrot verdienen möchte. Das entspricht jedoch nicht der Realität, denn häufig waren Frauen in den Entwicklungsländern die Hauptverdienerinnen (*Wichterich C., S. 23ff, Lemke, C., S.7, Mies, M. 1989, S. 147ff*). Auch in Deutschland wird vor allem von Arbeitgebern und Teilen der Politik die Ideologie von den Zubrotverdienerinnen aufrecht erhalten. Aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung kam 2008 die Aussage: „Teilzeit und Minijobs sind (...) nicht auf Existenzsicherung angelegt, sondern stellen meist eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit dar.“ (*zit. n. Weinkopf, C., S. 10, Herv. U. M.*)

Dieses „meist“ stimmt jedoch seit Jahren schon nicht mehr. So hat das Statistische Bundesamt 2004 herausgefunden, dass die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten keine Zubrotverdienerinnen sind: zwei von drei Teilzeitbeschäftigten sind auf ihren Verdienst als Existenzsicherung angewiesen, in Ostdeutschland sind es sogar drei Viertel (*Weinkopf, C., S. 10*). Darauf angewiesen zu sein, bedeutet jedoch nicht, dass dies auch gelingt. Nur 8% aller Alleinerziehenden können von ihrem Einkommen aus Erwerbsarbeit tatsächlich sich und ihre Kinder ernähren. (*Klenner, C.*)

Auch die Vorstellung vom männlichen Haupternährer trifft heute nicht die Realität der Familienverhältnisse: Der Anteil von Männern, die mindestens zu 60% zum Familieneinkommen beitragen, geht nämlich zunehmend zurück. Zwischen 1991 und 2001 sank er im Westen von 63,7% auf 55,2% im Osten von 41,6% auf 36,1% (*Jähnichen, T., S. 19*). Neuere Zahlen gehen für das Jahr 2007 von nur 48% Haushalten aus, in denen Frauen leben, die vom Mann versorgt werden; der Anteil der Frauen, die zu mehr als 60% zum Einkommen von Paarhaushalten beitragen stieg von 1991 bis 2006 im Westen von 6,3% auf 9,5%, im Osten von 10,4% auf 13,1%. 2007 waren es im Westen 13,1%, im Osten 18,6%, der bundesdeutsche Durchschnitt lag bei 14,1%. Gleich viel zum Einkommen trugen 2007 zu 16% Frauen bei; der Anteil von Frauen als Familienernährerinnen in Paarhaushalten ist auf 11% gestiegen (*Klenner, C., sowie Frielinghaus, J.*)

Männer sind also keine Haupternährer mehr, Frauen keine Zubrotverdienerinnen. Jobs anzubieten, die nicht existenzsichernd sind, insbesondere Teilzeitarbeitsplätze und die angeblich von Frauen gewünscht werden, ist ideologisch, dient Gewinnmaximierung der Unternehmer.

Ich komme auf meine Eingangsbehauptungen zurück und beziehe sie auf die Erwerbssituation:

Thesen zur Erwerbssituation:

- (1) In der Beschäftigung mit der Globalisierung darf die internationale, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung keine Nebenrolle spielen.
- (2) Wird die Feminisierung des Arbeitsmarktes ausgeblendet, bleibt der hohe Anteil von Frauen, die unterhalb des Existenzminimums arbeiten, als politisches Thema unerwähnt.
- (3) Richtet sich dagegen der Blick darauf, wie Frauen und Männer ihre Existenz sichern, so wird der Skandal offenbar, dass dies nur einer Minderheit von Frauen aus eigener Erwerbstätigkeit gelingt. Etwa 42% der Frauen und 60% der Männer leben überwiegend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit; fast jede fünfte Frau ist auf die Einkünfte ihrer Mannes oder anderer Familienangehöriger angewiesen (*o. Verf.: Mikrozensus 2008*), dazu kommen diejenigen, die vom Staat finanziell unterstützt werden. Das Gros der Frauen ist also vom Partner, von der Familie oder vom Staat abhängig (*Klenner, C.*)

7. Bevölkerungsentwicklung – gesellschaftlich gesteuert:

Es hat aber noch eine weitere Aufteilung weltweit stattgefunden, die am Beispiel der Sonderwirtschaftszonen deutlich wird. Zu den inhumanen Bedingungen, unter denen die Frauen dort arbeiten - wie Sprechverbote, Reglementierung der Toilettenbenutzung, Lohnabzüge bei geringen Fehlern, sexuelle Belästigung und Gewalt - kamen (kommen noch?) in einigen Betrieben Mittelamerikas Schwangerschaftstests und ein Zwang zur Einnahme von Verhütungsmitteln (*Wichterich, C., S. 23f, 36, Mies, M., 1989, S. 152f, 172*). Diese Frauen sollen produzieren, nicht sich reproduzieren.

Dies ist kein Zufall. Heute wird eine weltweite Bevölkerungspolitik betrieben. Unter Bevölkerungspolitik verstehe ich Maßnahmen einer Gesellschaft, ihre Bevölkerungsentwicklung so zu regeln, dass ihre Produktionsweise die Menschen in ihrem Territorium mit dem Lebensnotwendigen ver- **Globalisierte Bevölkerungspolitik der Industriestaaten für die sog. dritte Welt** sorgen kann (vgl. auch *Schlebusch, C., I, S. 5*). Wichtig an dieser Definition ist, dass zwei Ansatzpunkte gegeben sind: Bevölkerungsentwicklung und Produktion, beide sind nicht unabhängig von-einander zu betrachten, sondern aufs engste miteinander verschränkt. Gemäß dieser Definition muss man feststellen, dass es Bevölkerungspolitik schon immer gegeben hat (*einige Beispiel dazu in Anmerkung 2*).

8. Globalisierte Bevölkerungspolitik der Industriestaaten für die sog. dritte Welt:

In der Vergangenheit bezogen sich bevölkerungspolitische Maßnahmen und Methoden auf einen begrenzten geographischen Raum. Das änderte sich mit der Kolonialisierung (vgl. *Mies, M., 1989, S. 110ff*) und in neuerer Zeit verstärkt seit den 60er Jahren. Ab diesem Zeitpunkt griffen vor allem USA und UNO massiv in die Bevölkerungspolitik der Entwicklungsländer ein. Mit dem Schlagwort „Bevölkerungsexplosion“ wurden die negativen Auswirkungen der hohen Geburtenraten in den Ländern der sog. Dritten Welt ausgemalt. Dazu kam eine Angst, der Kommunismus könnte Elend, das angeblich aus Bevölkerungswachstum dieser Länder entstand, nutzen, um diese unter seine Kontrolle bringen, wodurch den USA der Zugang zu deren Rohstoffvorkommen verloren ginge (*Schlebusch, C., II S.6*). Man behandelte dabei die Bevölkerungsentwicklung wie „eine Art natürliche, unabhängige Variable ohne Verbindung zu den sozioökonomischen Strukturen dieser Länder“ (*Schlebusch, C., I, S. 35*), während ich gerade den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsformation betont habe. Auch wurde nicht beachtet, dass in vielen Ländern des Südens Kinder eine Altersversorgung darstellen.

In den 60er Jahren formulierte Präsident Lyndon B. Johnson: „5 gegen das Wachstum der Bevölkerung investierte Dollar sind wirksamer als 100 für das wirtschaftliche Wachstum investierte Dollar“ (*Schlebusch, C., II, S. 8*). Konsequentermaßen gewährten die USA 1966 Nahrungsmittelhilfe nur, wenn das betreffende Land ein Familienplanungsprogramm verabschiedete, dessen Kontrolle das US Agency for International Development (USAID) übernahm, das zum größten Finanzier von bevölkerungspolitischen Aktivitäten in drei Kontinenten wurde (*ebd. S. 9, s. auch Schlebusch, C., I S. 62*). 1969 begann eine Entwicklungshilfeorganisation der Weltbank ihr erstes bevölkerungspolitisches Programm in Kenia. Bei Kreditvergaben wurden Drittweltländer gedrängt, nationale bevölkerungspolitische Programme einzuführen (*Schlebusch, C., II, S. 13, ein Beispiel S. 27*).

Dabei waren Frauen im Focus. Bei der Vergabe von Kleinkrediten an Frauen mussten diese einen höheren Zins zahlen, wenn sie entgegen den Vereinbarungen schwanger wurden (*ebd. S. 28*). Die Akzeptanz und Verbreitung von Verhütungsmitteln wurde zum Maß für den Erfolg dieser Politik (*ebd. S. 23f, 34, 41*). Je sicherer das Mittel desto beliebter seine Anwendung; folglich war in den 80er Jahren die Sterilisation (zu 80% an Frauen vorgenommen) die am häufigsten verbreitete Methode (*ebd. 44, Bsp. Puerto Rico S. 24*). Über die Endgültigkeit des Eingriffs wurden die Frauen nicht immer aufgeklärt; so geschehen in über 40% der Familienplanungszentren (*ebd. 54, 49*). Demgegenüber wurden Diaphragma und Kondom kaum empfohlen (*ebd. S. 45*). Empfohlen wurden dagegen hormonelle Verhütungsmittel, obwohl diese z. T. (noch) nicht genügend untersucht worden waren; ein Mittel wurde in den USA wegen hohen Krebsrisikos 1978 verboten, in den Ländern des Südens dagegen galt es als sicher (*ebd., S. 49f*). Pharmafirmen benutzten „Drittweltfrauen“ bedenkenlos als Versuchskaninchen für Verhütungsmittel (*Mies, M., 1989, S. 153ff*). Fruchtbarkeitskontrolle war wichtiger als gesundheitliche Risiken (vgl. *Schlebusch, C., II, S. 50*). Auch vor Zwangssterilisationen wurde nicht zurückgeschreckt (*Baureithel, U., 2007, S. 26*). Sexismus zeigte sich bei diesen Vorgehensweisen auch darin, dass Männern Zeugungsverhütung mit dem Hinweis auf Lustgewinn schmackhaft gemacht wurde, während bei Frauen von Lust keine Rede war

(Schlebusch, C., II, S. 47).

Über Jahre war Bevölkerungspolitik ein Schwerpunkt der Entwicklungspolitik. Allerdings kam es dabei im Laufe der Zeit zu einer Akzentverschiebung. Man hatte erkannt, dass die Geburtenrate zurückgeht, wenn sich die Lebenssituation verbessert, insbesondere die von Frauen (*ebd.*, S. 37). So wurde Frauenförderung von den 80er Jahren an auch als flankierende Maßnahme für die Bevölkerungspolitik angesehen (*ebd.* 37f). Im Interesse einer Effektivierung der Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik wurden Frauen funktionalisiert (*ebd.* S. 40, *vgl. auch ebd.* S. 56), ihre Lebenssituation sollte verbessert werden, damit sie weniger Kinder bekommen. Dabei ging es nicht darum, was die Frauen selbst wollen.

Ein Anhaltspunkt dafür, was die Frauen sich selbst wünschen, könnten die Empfehlungen der Weltbevölkerungskonferenz aus dem Jahr 1984 in Mexiko City sein. Gefordert wurden:

- die Integration von Frauen in alle Phasen des Entwicklungsprozesses, also in der Planung, Politik und den Entscheidungsprozessen
- die freie Entscheidung der Frau sich als Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen
- das Recht auf Erziehung, Ausbildung und Beschäftigung im nicht-familiären Bereich, aber auch die Unterstützung ihrer Mutterrolle
- die stärkere aktive Beteiligung des Mannes „auf allen Gebieten der Familienaufgaben, einschließlich Familienplanung, Kindererziehung und Hausarbeit (...), so dass die Familienpflichten von beiden Partnern voll geteilt werden können.“ (*ebd.*, S. 38)
- Kenntnisse über Körperfunktionen, Info über Verhütung, so dass eine Wahlfreiheit möglich ist. (*ebd.* S. 57)

Statt dessen wurde Frauenförderung als Frauenproduktivitätsförderung betrieben. Es ging darum, „Produktivität effektiver für die kapitalistische Marktwirtschaft (...) nutzbar“ zu machen. Frauen, die durch ihre Aufgaben als Mütter für die Produktion weniger bis gar nicht zur Verfügung standen, waren weniger effektiv für die kapitalistische Produktionsweise (*ebd.*, S. 39). Eine Folge davon waren die eingangs beschriebenen Maßnahmen in den Sonderwirtschaftszonen, in denen produzierende nicht sich reproduzierende Frauen gebraucht wurden.

9. Bevölkerungspolitische Ziele der Industrieländer:

Während so versucht wurde (und wird), das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zu bremsen, schrumpft in den reichen Industrieländern die Bevölkerung. Das könnte angesichts der durch die technologische Entwicklung und durch Auslagerung der Produktion bedingten Abnahme von Arbeitsplätzen und in der Folge davon steigende Arbeitslosigkeit politisch durchaus sinnvoll erscheinen. Dem ist jedoch keineswegs so. Vielmehr wird – gerade in der Bundesrepublik – die Angst vor dem Aussterben geschürt. Dabei mischen Arbeitgeber kräftig mit, die trotz Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Arbeitsvolumens einen Arbeitskräftemangel beschwören (*Ebert, A. und Kistler, E., S. 50*). Damit meinen sie, dass bestimmte Arbeitskräfte künftig fehlen würden: qualifizierte und hoch qualifizierte. Es geht also um die „Qualität“ der Bevölkerung, um die Verbesserung des „Humankapitals“. Deshalb wird eine sozial differenzierte Geburtenförderung betrieben. So richtet sich Familienpolitik in Deutschland an hochqualifizierte Frauen/Eltern (z. B. durch einkommensabhängiges Elterngeld). Akademikerinnen ohne Kinder werden stigmatisiert, Mütter mit niedrigem Bildungsstatus dagegen stellt man als Problem dar (*Kahlert, H., S. 62ff*).

Die Differenzierung bevölkerungspolitischer Ziele in eine Reduktion der Bevölkerung in den Entwicklungsländern und eine Steigerung der Geburtenrate von hochqualifizierten Frauen, um die „Qualität des Humankapitals“ in den schrumpfenden Industrieländern zu erhöhen, stellt einen besonderen Aspekt der Globalisierung dar, der allerdings in der Literatur kaum Thema ist.

Schauen wir noch einmal auf meine Eingangsbehauptung im Hinblick auf Bevölkerungspolitik:

Thesen zur Bevölkerungspolitik:

- (1) Bevölkerungsentwicklung spielt in der Globalisierungsliteratur eher eine Nebenrolle, besonders schwer wiegt dabei, dass Bevölkerungswachstum wie eine Naturerscheinung behandelt, also aus seinem gesellschaftlichen und politischen Kontext herausgelöst wird.
- (2) Diese Sichtweise unterstützt machtpolitische Interessen der reichen Länder, die für die „unterentwickelten“ Länder einen Bevölkerungsrückgang (nicht etwa auf Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation dieser Länder) durchdrücken möchten, z. T. auf dem Rücken der Frauen oder doch zumindest ohne deren Beteiligung.
- (3) In den Industrieländern dagegen sollen besser gebildete Frauen mehr Kinder bekommen, weniger gebildete und deren Kinder werden zum Problem erklärt.

10. Bevölkerungspolitik und Umwelt:

Vieles von dem oben Beschriebenen bezieht sich auf die Vergangenheit. Dass sich die Probleme aber noch lange nicht erledigt haben, wurde im November 2009 beim Welternährungsgipfel in Rom und im Zusammenhang mit dem Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen sichtbar. Wieder spielte bei beiden Anlässen Bevölkerungspolitik in der Argumentation eine wichtige Rolle, wieder war es die „erste“ Welt, die für die „dritte“ die Ziele bestimmte. Wegen dieser Problematik möchte ich im Folgenden ausführlicher darauf eingehen.

Durch die ökologischen Probleme, die drohende Klimakatastrophe und nicht zuletzt durch die Auswirkungen der Globalisierung ist das Thema „Bevölkerungsentwicklung“ erneut auf der Tagesordnung. So war jüngst die Rede davon, dass die Bevölkerung nicht so schnell wachsen dürfe, wenn der Klimawandel gemildert werden solle. Das scheint auf den ersten Blick einleuchtend. Auch ein berühmter Kämpfer für den Umweltschutz, James Lovelock, hat sich für einen Rückgang des Bevölkerungswachstums ausgesprochen. Er argumentiert: Würden im Jahr 2050 statt wie vorhersehbar 9 Mrd. nur 8 Mrd. Menschen auf der Erde leben, könnten 1 bis 2 Mrd. t CO₂ gespart werden. (*o. Verf.: Mit Kondomen gegen den Treibhauseffekt. Aber auch bei attac ist diese Auffassung verbreitet, s. dazu: Attac, Hrsg.: Thema „Wachstum“, S. 3, www.attac.de/awwo, s. ebenfalls: Attac, Hrsg., 2005., S. 20*)

Auch hier konzentrieren sich die zur Erreichung dieses Ziels vorgeschlagenen Maßnahmen auf diejenigen Länder, in denen das Bevölkerungswachstum besonders schnell steigt. Das scheint zunächst plausibel, denn z. B. in Afrika südlich der Sahara hat die Bevölkerung in der Zeit von 1980 bis 2005 um 18,5 % zugenommen, in Nordamerika dagegen nur um 4 %. Nun ist aber in diesem Teil Afrikas der CO₂-Ausstoß nur um 2,4 % gestiegen, in Nordamerika waren es dagegen im selben Zeitraum 14 % (*o. Verf.: Blaukehlchen für 1,5 Cent, sowie o. Verf.: Mit Kondomen gegen den Treibhauseffekt*). Dann wäre es doch sehr viel sinnvoller, wenn die Zahl der Menschen in den Industrieländern zurückginge, denn diese verhalten sich weitaus umweltschädlicher.

Auch manche Globalisierungskritiker plädieren ohne Differenzierungen für eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums. In einem Diskussionspapier von attac wird eine einfache Rechnung aufgemacht: Jeder Konsum führt zu Naturverbrauch, also mehr Menschen, mehr Konsum, größerer Gesamtnaturverbrauch. Gefordert wird daher eine „demographische Regulierungspolitik“ (*Attac, Hrsg., 2005, S. 20*), wohl um den Begriff Bevölkerungspolitik zu vermeiden, der mit Diktaturen negativ in Verbindung gebracht wird. Wichtig seien vor allem direkte Maßnahmen zur Familienplanung, aber auch welche zur Verbesserung des Bildungsstands und des Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen. Wer für wen plant, bleibt dabei offen; das Vorgeschlagene erinnert an die Funktionalisierung von Dritt-Welt-Frauen im Interesse eines Bevölkerungsrückgangs dort. Zwar haben attac-Frauen Widerspruch angemeldet, haben aber bisher nicht überzeugen können. (*zu Frauenargumenten s. ebd. S. 20*).

Noch einmal die drei Behauptungen jetzt bezogen auf Umwelt- und Klimapolitik:

Thesen zu Umwelt- und Klimapolitik:

- (1) Bzgl. der globalen Umwelt- und Klimaprobleme wird der Fokus auf die Bevölkerungsentwicklung der sog. Dritten Welt gelegt und dadurch vom umwelt- und klimaschädlichen Lebensstil der Industrieländer abgelenkt.
- (2) So wird eine Lösung in der Bevölkerungsreduktion in den Ländern des Südens gesehen und es wird dementsprechend gehandelt, z. B. bei der Kreditvergabe.
- (3) Dazu sollen die Frauen in diesen Ländern funktionalisiert werden, ihnen werden von den reichen Ländern die Ziele vorgegeben; die Bedürfnisse der Frauen selbst spielen offenbar keine Rolle, wird deren Beteiligung weder für die Industriestaaten noch für die Länder des Südens gefordert.

11. Bevölkerungswachstum und Hunger:

Dem ökologischen Argument fehlt also die sachliche Basis. Wie sieht es nun mit dem Argument aus, die Länder des Südens seien nicht in der Lage, ihre wachsende Bevölkerung zu ernähren. Wie ist es mit dem Hunger in diesen Ländern bestellt, welches sind seine Ursachen?

Mir geht es hier um menschengemachte Ursachen (außer dem Klimawandel), die laut einem Bericht der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization = FAO) von 1992 bis 2004 von 15% auf 35% gestiegen sind (*Le monde diplomatique*, S. 34f). Unter diesen verdienen es die von der FAO etwas lapidar „bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen“ genannten, näher betrachtet zu werden.

Schon während der Kolonialzeit erzwangen die Kolonialherren den Anbau von Exporterzeugnissen statt der Nahrungsmittelproduktion für die Kolonie selbst. So wurde in den vier Sahel-Staaten, Burkina Faso, Mali, Tschad und Sudan, Baumwolle zum Hauptexportgut. Durch den Anbau von Baumwolle ging Land für Getreideanbau verloren. Hätte man Baumwolle nur für etwas über dem eigenen Bedarf produziert und auf der restlichen Fläche Getreide angebaut, hätten davon ca. 2,5 Mio. Menschen ernährt werden können (*Schlebusch, C. I, S. 44ff*).

„Bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen“, die die Welternährungsorganisation als Hungerursache nannte, werden Ländern des Südens dann aufgezwungen, wenn diese Kredite benötigen. Kreditgeber wie IWF und Weltbank treten damit in die Fußstapfen der Kolonialherren. Die Weltbank nimmt entscheidenden Einfluss auf die Agrarproduktion, indem sie auf Exportproduktion dringt (z. B. von Fleisch, Shrimps u. ä. aus Aquakultur, Gemüse und Blumen) (*Sachs, W. und Santarius, T., S. 32*). Dabei scheint das Theorem von Ricardo zugrunde zu liegen.

Die Vergabe von Krediten wurde nämlich - außer den bereits erwähnten wie Abbau von Zöllen, Durchführung eines Familienplanungsprogramms mit dem Ziel der Bevölkerungsreduktion u. a. - an weitere Bedingungen geknüpft wie Änderungen nationaler Gesetze und Maßnahmen der Sozial-, Umwelt- oder Gesundheitspolitik i. S. einer Lockerung von Vorschriften (*ebd., S. 32*). Folglich werden Agrargifte eingesetzt, die aus ehemals fruchtbaren Böden nach einigen Jahren vergiftete, versalzene und erodierte Flächen zurücklassen können. Für Indien hat die bekannte Wissenschaftlerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises von 1993, Vandana Shiva, errechnet, dass mit jedem Dollar, der mit dem Export von Fleisch, Blumen oder Krabben verdient wird, ein ökologischer Schaden oder ein Werteverlust in Höhe von fünf bis zehn Dollar entsteht. Viele Länder gaben den Anbau für den Binnenmarkt auf. In sechs afrikanischen Ländern südlich der Sahara sank innerhalb eines Jahrzehnts die Pro-Kopf-Getreideproduktion um ein Drittel, die gesamte Nahrungsmittelproduktion um 20% pro Person, während der Export ausgedehnt wurde (*Wichterich, C., S. 11ff*).

Zu den Kreditbedingungen gehört/e weiterhin, dass die Schuldnerländer ihre Zölle verringern, öffentliche Beihilfen zurücknehmen, ihre Märkte für Importe öffnen und ihre Agrarsubventionen re-

duzieren (*Sachs, W. und Santarius, T., S. 32*). Dagegen subventionierten die Gläubigerländer ihre eigene Landwirtschaft, um deren Produkte mit Gewinn exportieren zu können. Die Industrieländer erwarten, dass für ihre Exportgüter Entwicklungs- und Schwellenländer Handelsschranken abbauen, sie selbst schotten aber ihre Märkte für Produkte ab, bei denen die Entwicklungsländer einen Gewinn aus dem Export hätten erzielen können (*Stiglitz, J., S. 87f, 319f*). Für die Entwicklungsländer ist also die Kehrseite der erzwungenen Konzentration auf den Export der durch die Handelsregeln erzwungene Import von Agrarprodukten – zu Dumpingpreisen.

Die Folge dieser Liberalisierung des Handels ist, dass Landwirtschaften in den Ländern des Südens z. T. zusammengebrochen sind.

Hierfür einige Beispiele:

- Es ist erst ein Jahrzehnt her, dass Indonesien ein gut funktionierendes Agrarwesen aufwies und praktisch Selbstversorgung erreicht hatte. Durch die SO-Asien-Finanzkrise musste das Land Kredite aufnehmen und dafür in Handelsliberalisierung einwilligen. Dadurch stieg die Gesamteinfuhr von Lebensmitteln stark an, bei Sojabohnen um 50%, im Bereich der Sojaproduktion wurden 2 Mio. Menschen arbeitslos.
- Jamaika musste seit 1994 mehr als eine Verdoppelung seiner Pflanzenölimporte hinnehmen, während im gleichen Zeitraum die inländische Produktion um 2/3 abnahm.
- Auf den Philippinen wird der Binnenmarkt seit 1995 von importiertem Reis überschwemmt, obwohl überall im Land Reis angebaut wird.
- Senegals Einfuhr von Tomatenpaste ist seit 1995 um das 15-fache angestiegen, wodurch die inländische Produktion um die Hälfte zurück gegangen ist (*Sachs, W. und Santarius, T., S. 32*).

Viele Länder gaben Anbau für Binnenmarkt auf, während Export ausgedehnt wurde.

Nun kann man denken, das wäre alles nicht so tragisch – einmal abgesehen von den Umweltschäden – wenn die Bevölkerung satt würde und das Land dank des Exports seiner Agrargüter zu Wohlstand gelangte wie nach Ricardos Theorie. Die Einkünfte armer Entwicklungsländer aus Agrarexporten sind jedoch kaum gestiegen, zumal sie immer mehr für ihre Importe ausgeben müssen. (*ebd., S. 33*).

Es geht also nicht darum, das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zu bremsen, um den Hunger zu bekämpfen. Es scheint auch als würde das Bevölkerungswachstum in den Ländern des Südens besonders dramatisiert, denn tatsächlich hat sich in vielen Ländern Asiens (vor allem China, Indien, Indonesien) das Bevölkerungswachstum bei 2,1 Kindern pro Frau stabilisiert (*Müller, U. G. T., S. 27*).

Um den Hunger zu bekämpfen muss es vor allem darum gehen, den Entwicklungsländern Schutz vor Importe zu Dumpingpreisen zu ermöglichen und sie nicht zur Produktion für den Export zu zwingen, sondern ihre Selbstversorgung zu unterstützen. Außerdem müsste von industrieller Landwirtschaft abgerückt und kleine bäuerliche Betriebe gefördert werden, denn Studien haben nachgewiesen, dass sie produktiver sind als größere: Kleinere Betriebe erwirtschaften auf weniger Fläche, mit weniger Kapital und mehr Arbeitskräften mehr Erträge. In Brasilien und vielen afrikanischen Ländern bieten sie das größte Potential zur Sicherung von Beschäftigung und nachhaltiger Existenzgrundlage. So hat das brasilianische Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung herausgefunden, dass traditionelle Landwirtschaft durchschnittlich einen Arbeitsplatz pro 8 ha schafft, während in der industriellen Landwirtschaft nur eine Arbeitskraft pro 67 ha beschäftigt wird. Das ist aber kein Zeichen von Ineffizienz traditioneller Arbeitsweisen, die größere Effizienz gründet sich vor allem auf arbeitsintensiven Anbaumethoden, die das Land optimal nutzen. „Sogar in den USA hat man festgestellt, dass die kleinsten Betriebe mehr als 100mal effizienter arbeiten als die größten.“ (*Sachs, W. und Santarius, T., S. 34*) Die Zukunft liegt zudem - wie eine große Studie belegt – in nachhaltigen Anbaumethoden (*ebd., S. 35*).

Von einem Umsteuern der Agrarwirtschaftspolitik hin auf eine Förderung kleinbäuerlicher, nachhaltiger Landwirtschaft wären weltweit etwa 2,5 Mrd. Menschen betroffen, die ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und ihrem Umfeld erwirtschaften, etwa 70% der Ärmsten in der Welt, die in ländlichen Gebieten leben und arbeiten (*ebd.*, S. 28) und Frauen, die mindestens 65% der weltweit verzehrten Lebensmittel anbauen (*ebd.*, S. 33). Eine Hinwendung zu nachhaltiger lokaler und eine Abkehr von industrialisierter Landwirtschaft unter globalen Handelsbedingungen wäre daher auch eine wichtige Form der Frauenförderung.

Noch einmal zu meiner Eingangsbehauptung hier bezogen auf die Hungerproblematik:

Thesen zu Bevölkerungspolitik und Hungerproblematik:

- (1) In der Globalisierungsdiskussion spielt die Landwirtschaft zwar keine Nebenrolle, wohl aber die Auswirkungen globaler Agrarpolitik auf den Hunger in der Welt; diese werden verschleiert.
- (2) Lösungsvorschläge, die auf Bevölkerungsrückgang in den Entwicklungsländern abzielen, gehen an einer der Ursachen des Hungers vorbei, nämlich den bei der Kreditvergabe erzwungenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die den Profitinteressen der Gläubigerländer dienen.
- (3) Insbesondere verstellen Forderungen nach Bevölkerungsreduzierung den Blick auf die Notwendigkeit der Förderung kleiner bäuerlicher Betriebe und nachhaltiger Landwirtschaft. Wird dagegen Letzteres gefordert und dabei geschlechtsspezifisch differenziert, können Frauen, die in diesen Betrieben eine Mehrheit bilden, eine gezielte Förderung erfahren.

Solche Ziele werden z. B. von einem weltweiten Zusammenschluss verschiedener Organisationen, „La Via Campesina“, vertreten. Allerdings findet man deren frauenpolitische Ziele nicht auf ihrer Homepage, wohl aber verweist Maria Mies, die feministische Wissenschaftlerin und aktive Kämpferin für bessere Lebensbedingungen vor allem in Indien, auf den frauenpolitischen Ansatz der Organisation. Sie berichtet, dass es La Via Campesina um die Stärkung der Partizipation von Frauen in sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht geht (*Mies, M., 2001, S. 116*). Aus Deutschland ist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. Mitglied in der Dachorganisation, aber auch auf ihrer Homepage findet sich nichts über Frauen – außer einem Aufkleber, der richtig gelesen, ein Aktionsprogramm symbolisiert:



Zwar trägt er den Titel „Power to the Bauer“, aber das ist wohl vor allem dem dadurch möglichen Reim geschuldet. Denn tatsächlich ist es die Bäuerin, die - die Heugabel schwingend - auf der schnaubenden, rasenden Kuh die Anführerin zu sein scheint. So dominieren auf diesem Bild die weiblichen Wesen, von denen sich der Bauer anscheinend sehr gerne mittragen lässt. Feministisch

engagierte Männer wie Frauen wären äußerst wünschenswert, um die durch die Globalisierung weltweit verschlechterten Geschlechterverhältnisse zum Positiven zu verändern. Vielleicht gelangen dann frauenrelevante Inhalte und Forderungen auf auf die Homepages derjenigen Organisationen, die dafür eintreten.

Anmerkungen:

¹⁾ Beispiel: Angenommen es gebe nur zwei Länder, Frankreich und die Türkei. In Frankreich stellen 10 Brotbäcker je 20 Brote am Tag her, 10 Fischer fingen täglich je 20 Fische. In der Türkei gebe es 30 Brotbäcker, die je 4 Brote täglich backen und 10 Fischer, von denen jeder täglich 12 Fische finge.

Zwar sind dann Frankreichs Fischer produktiver als die türkischen, die französischen Bäcker dagegen übertreffen ihre türkischen Kollegen weit mehr, nämlich um das fünffache. Daher rechnet es sich, wenn sich Frankreichs Fischer aufs Brotbacken umsteigen, dann können die Bäcker im Vergleich zu vorher die doppelte Menge backen und exportieren. Umgekehrt kann die Türkei mehr Fische anbieten, wenn alle Bäcker umsatteln und Fischer werden.

Vorher wurden in beiden Ländern zusammen 200 französische und 120 türkische Brote gebacken und 200 Fische aus französischen, 120 aus türkischen Gewässern gefischt, also je 320 Brote und je 320 Fische. Nach der Umstellung werden in Frankreich 400 Brote gebacken und in der Türkei 480 Fische gefangen; es stehen also im Vergleich zu vorher 80 Brote und sogar 160 Fische mehr zur Verfügung, eine gute Ausgangsbasis für Handel.

Zustand	Frankreich	Türkei
Zustand ohne Spezialisierung	10 Bäcker backen je 20 Brote, also insgesamt 200 Brote 10 Fischer fangen je 20 Fische, also insgesamt 200 Fische	30 Bäcker backen je 4 Brote, also insgesamt 120 Brote 10 Fischer fangen je 12 Fische, also insgesamt 120 Fische
Zustand nach Spezialisierung	Frankreich 20 Bäcker stellen insgesamt 400 Brote her. Das sind insgesamt 80 mehr als ohne die Spezialisierung.	Türkei 40 Fischer fangen insgesamt 480 Fische. Das sind insgesamt 160 mehr als vor der Spezialisierung.

(wikipedia Stichwort Ricardo, komparativer Kostenvorteil).

²⁾ Beispiele:

Sollte die Zunahme der Bevölkerung begrenzt oder verlangsamt werden, konnten etwa gewalttätige Maßnahmen wie Kindstötungen ergriffen oder die empfängnisverhütende bzw. abtreibende Wirkung von Kräutern und deren Anwendung unterstützt werden. Es konnten aber auch Sexualpraktiken, die nicht potenziell zur Fortpflanzung führen, gefördert werden, einschließlich der „Institutionalisierung“ von Homosexualität.

Die Methoden und Mittel, die eine Gesellschaft für dieses Ziel einsetzte, waren sehr vielfältig, abhängig von der jeweiligen Kultur, den Machtverhältnissen und nicht zuletzt dem jeweiligen Geschlechterverhältnis.

Hatte umgekehrt eine Gesellschaft das Ziel, ihre Bevölkerung schnell wachsen zu lassen, konnte sie z. B. die Vielehe für Männer erlauben. So war es einem Mann möglich, gleichzeitig mehrere Frauen zu schwängern. Vielehen für Frauen dagegen waren für dieses bevölkerungspolitische Ziel kontraproduktiv.

Mit der beginnenden Industrialisierung wurden Arbeitskräfte gebraucht, ein rasches Bevölkerungswachstum war erwünscht; dazu wurde das Wissen über Empfängnisverhütung und abtreibende Methoden mit der Hexenverbrennung weitgehend ausgerottet. Sexualpraktiken, die nicht potenziell auf

Zeugung und Empfängnis ausgerichtet waren, erklärte die Kirche zur Sünde. Dabei konnte das Christentum auf alttestamentarische Gesetze zurückgreifen, die in einer Zeit entstanden waren, als ebenfalls Bevölkerungsvermehrung angesagt war. So wurde männliche Onanie verurteilt, denn dabei ging Sperma „verloren“, ebenso wie bei heterosexuellem Oral- und Analverkehr, von Homosexualität ganz zu schweigen, die zwischen Männern gravierender erschien, solange Frauen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ehen gelenkt wurden.

Soweit einige historische Schlaglichter; dazu kamen oft auch Irrationales, Aberglauben u. ä.

Literatur:

- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2006
- Attac, Hrsg.: Diskussion in Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO), Frankfurt/Main, 2005
- Attac, Hrsg.: Thema „Wachstum“ im Attac-Positionspapier „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“, www.attac.de/awwo
- Baureithel, Ulrike: Baby Bataillone Demographisches Aufmarschgebiet: Von Müttern, Kinderlosen und der „Schuld“ der Emanzipation, in: Prokla Heft Nr. 146, Münster, 2007, S. 25-37
- DGB (Hrsg.): Frauen in der Krise, Power-Point-Präsentation, 2009
- Ebert, Andreas und Kistler, Ernst: Demographie und Demagogie – Mythen und Fakten zur „demographischen Katastrophe“, in: Prokla Heft 146, Münster, 2007, S. 39-59
- Frielinghaus, Jana: Familienernährerinnen, in: Junge Welt v. 22.1.2010
- Hengsbach, Friedhelm: Das Reformspektakel, Freiburg, Basel, Wien, 2004
- Jähnichen, Traugott: Niedriglohn und Geschlechtergerechtigkeit – Sozialethische Perspektiven für Kirche und Gesellschaft, in: Evangelischer Pressedienst epd (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Mein Lohn ist, dass ich darf? Frauen im Niedriglohn“ Frankfurt am Main 14. April 2009, S. 17-26
- Jung, Alexander: Der Kult ums BIP, Der Spiegel Nr. 39/2009, S. 78-82
- Kahlert, Heike: Demographische Frage, „Qualität“ der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet, in: Prokla Heft 146, Münster, 2007, S. 61-75
- Klenner, Christa, Volkswirtin und Autorin einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Instituts der Hans-Böckler-Stiftung im Interview mit Heide Oestreich „Ein ungeplanter Rollentausch“ in taz vom 15.1.2010)
- Kramer, Bernd: „Niedriglöhne werden Tiefstlöhne“, taz vom 27.08.0
- Lemke, Christiane: Gender und Globalisierung, 2003, Internet
- Le monde diplomatique: Atlas der Globalisierung, Berlin, 2007
- Mies, Maria: Patriarchat und Kapital, 1989, Zürich
- Mies, Maria: Globalisierung von unten, Hamburg, 2001
- Müller, Ursula G. T.: Globalisierung für AnfängerInnen – Anfänge der Globalisierung, Band 5 der Broschürenreihe „BRD + 3. Welt“, Kiel, 2009
- Kramer, Bernd: „Niedriglöhne werden Tiefstlöhne“, taz vom 27.08.08, Sept. 2009o. Verf.: „Auslaufmodell Vollzeitjob“, taz vom 10.09.08
- o. Verf.: Blaukehlchen für 1,5 Cent in: taz vom 2.12.09
- o. Verf.: „Fast 12% Reallohnverlust in 5 Jahren! Schluss damit!“, in: Arbeit Zukunft, Nr. 5, September 2009, 7. Jg., S. 3
- o. Verf.: Mikrozensus 2008: Nur jede 5. auf Mann angewiesen Zwei von fünf Frauen leben von eigener Arbeit, taz vom 9.3.2010
- o. Verf.: Mit Kondomen gegen den Treibhauseffekt, in taz v. 19.11.09
- Roth, Eva: „Löhne stürzen ab“, Frankfurter Rundschau, 26.08.2008
- Sachs, Wolfgang und Santarius, Tilman: Slow Trade – Sound Farming Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und MISEREOR, Berlin, Aachen, April 2008
- Scheub, Ute: Heldendämmerung, München, 2010
- Schlebusch, Conny: Bevölkerungspolitik I Hunger durch Überbevölkerung?, Broschürenreihe „BRD und Dritte Welt“, Band 49 = Heft 5/93, Kiel, Juli 1994
- Schlebusch, Conny: Bevölkerungspolitik II Geburtenkontrolle als Entwicklungshilfe, Broschürenreihe „BRD und Dritte Welt“, Band 50 = Heft 5/93, Kiel, August 1994,
- Schüddemage, Antje: „Das China Europas“, Frankfurter Rundschau vom 23.04.09
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, München, 2004
- Völpel, Eva: Interview mit Volkswirt Rudolf Zwiener: „Wir haben die niedrigsten Lohnzuwächse“, taz vom 9.09.09
- Weinkopf, Claudia: „Hat Niedriglohn ein Geschlecht? Auswirkungen der aktuellen Beschäftigungssituation auf Frauen und Männer“ in: Evangelischer Pressedienst epd (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Mein Lohn ist, dass ich darf? Frauen im Niedriglohn“ Frankfurt am Main, 14. April 2009, S. 8-12
- Wichterich, Christa: Femme global, Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg, 2003
- wikipedia, Stichworte: Sonderwirtschaftszonen, Sonderwirtschaftszonen Europa

